

AKTUELL

ÖKOPRODUKTE UND PREISKRISE

Biomilch bleibt stehen

Raymond Klein

Erst kam die Pandemie und mit ihr der Boom. Seit vergangenem Jahr geht der Absatz von Bioprodukten aber wieder zurück. Bestandsaufnahme und Erklärungsversuche.

Manche regelmäßige Bioladen-Kund*innen, die weniger Zeit als sonst an der Kasse warten müssen, mögen es schon geahnt haben: Der Boom ist vorbei. Das jedenfalls geht aus einem Artikel des Luxemburger Worts von Ende November hervor, der die Lage der luxemburger Biobranche unter die Lupe nimmt. Die Jahresbilanz der Oikopolis-Gruppe, zu der unter anderem die Naturatalläden gehören, zeigt es deutlich: von 1,5 Millionen Euro Gewinn im Jahr 2020 auf einen Verlust von 1,1 Millionen im Jahr 2021. An diesem Trend dürfte sich auch 2022 nichts geändert haben. Änder Schanck bestätigt gegenüber dem Wort den Rückgang der Nachfrage für Bioprodukte. Das habe sich schon vor der Energiekrise und der einhergehenden Inflation abgezeichnet, so der Oikopolis-Gründer und -Präsident, sei aber jetzt noch einmal verstärkt worden.

SOS Bauen a Biobauern!

Der Boom der Bioprodukte im Jahr 2020 ist vermutlich auf die Covid-bedingte Ausgangssperre und eine Art Kaufkraftüberschuss zurückzuführen. Weil weniger Geld, insbesondere für Restaurants und Reisen, ausgegeben werden konnte, war mehr für Lebensmittel verfügbar, und die als „gut, aber teuer“ geltenden Bioprodukte stellten eine Kaufoption dar. Eigentlich hätte die 2022 einsetzende Verteuerung der Agrarprodukte diesen Trend verstärken müssen. Denn über den zeitweiligen Zukauf von Futtermitteln während der Sommerdürre hinaus ist sie auf den Anstieg der Energie- und Düngerpreise zurückzuführen. In der Biolandwirtschaft kommt aber weniger Energie und gar kein Kunstdünger zum Einsatz.

Die Kosten bei Biowaren sind also weniger stark gestiegen als bei konventionellen Agrarprodukten; das Preisverhältnis hat sich verringert. Zeitgleich sind allerdings die Preise für die Gesamtheit der Lebensmittel um etwa zehn Prozent gestiegen – schneller als die Inflation und der Indexausgleich. Weil der Kaufkraftverlust in dieser Ausgabenkategorie die Menschen zum Sparen verleitet,

wirken die in absoluten Zahlen höheren Preise für Bioprodukte wieder abschreckend.

Für die Trendwende vor der Preis-krise sucht der Wort-Artikel die Erklärung bei der Konkurrenz durch regionale Produkte. Gegenüber der Zeitung erklärt Daniela Noesen, Direktorin der Vereenigung fir Biolandwirtschaft, viele Menschen seien 2021 „plötzlich“ von Bio- auf regionale und saisonale Produkte umgestiegen, ohne zu verstehen, dass das nicht das Gleiche sei. Zufrieden zeigt sich dagegen Anne Harles, Chefin der Alavita-Bioläden, die unabhängig von Oikopolis und lokaler Biolandwirtschaft vor allem eine frankophone Kundschaft bedient. Ihre Läden verzeichneten keinen Nachfragerückgang, versichert sie dem Wort; den Gewinnrückgang für 2021 führt sie auf Investitionen in neue Läden zurück.

Gegründet wurden die Bauerngenossenschaft Biog und die Oikopolis-Gruppe, um die Vermarktung für die Landwirte zu übernehmen und ihnen ein nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen. Ein Bauernbetrieb bekommt allerdings die volle Wucht der Krise zu spüren: der Kass-Haff, der neben der Landwirtschaft auch einen Hofladen und pädagogische Aktivitäten betreibt. Tom Kass und Anja Staudenmayer gehören zu den „Stars“ im Film „Vu Buedem, Bauen a Biobauern“, doch gegenüber dem Onlinemagazin Delano klagten sie Ende Dezember über ein mangelndes Interesse der Menschen an Bioprodukten. Sie haben eine Online-Spendenaktion lanciert, um die Krise zu überbrücken, die Hofinfrastrukturen – auch im Sinne des Tierwohls – zu verbessern und die Sensibilisierungsarbeit auszubauen.

Über die Gefahr einer dauerhaften Beschädigung der wirtschaftlichen Strukturen der Biobranche in Luxemburg hinaus stellt sich die Frage, was schiefgelaufen ist. Hat der Biohandel die durch die Covid-Krise gebotenen Chancen nicht genutzt, weil zu wenig oder falsch kommuniziert wurde? Ist die Banalisierung des Ökokonsums durch den Aufbau von supermarktähnlichen Strukturen ihm zum Verhängnis geworden? Oder ist er, im Gegenteil, zu puristisch geblieben und hat damit die Möglichkeit verspielt, eine neue Klientel dauerhaft an sich zu binden? Fragen, die die Verantwortlichen, aber auch die woxx, im kommenden Jahr beschäftigen werden.



SHORT NEWS

Protection du patrimoine, nouveau départ

(rg) - En 2020, Luxembourg under Destruction avait lancé avec grand succès une pétition publique en faveur d'une meilleure protection du patrimoine architectural. Si l'initiative avait été saluée par (presque) toutes les formations politiques, sa revendication centrale, celle d'un moratoire des démolitions de bâtisses d'un certain âge, n'avait pas été retenue dans la nouvelle loi sur le patrimoine, votée au début de l'année dernière. Les pétitionnaires d'alors passent maintenant à la récidive. Leur constat : la nouvelle loi n'a pas empêché que « les démolitions se poursuivent », comme en témoigne la gare d'Ettelbruck, disparue en 2022. « Au niveau communal, la protection du patrimoine se résume bien souvent à une 'protection du gabarit' qui permet la démolition d'un immeuble sous condition que le nouvel immeuble (...) respecte les mêmes alignements et dimensions extérieures », expliquent les auteur-es de la nouvelle pétition publique portant le numéro 2477. Comme « l'actuelle politique de densification » risque en plus de se faire « au détriment du bâti ancien » et que « de nombreux immeubles sont également sacrifiés sous prétexte de leurs mauvaises performances énergétiques », la nouvelle pétition reprend l'idée d'un moratoire pour tout bâtiment d'un certain âge, la date butoir ayant été fixée cette fois-ci à 1957. « À l'heure où la flambée des prix des matières premières et de l'énergie nous rappelle douloureusement la limitation de nos ressources, nous devrions conserver et revaloriser ce qui nous a été transmis par nos ancêtres pour le léguer à nos enfants », explique la pétition, qui malgré les vacances de Noël en cours a déjà réuni presque 900 signatures. Il reste un petit mois pour arriver à la barre des 4.500.

Fahradpisten: Luxemburg ist überall

(tf) - Fast zwei Milliarden Euro hat die EU aus ihrem Haushalt 2014-2020 in neue und renovierte Rad- und Fußwege investiert – zum Wohl eines umweltschonenden und sicheren städtischen Verkehrs. Das klingt gut, doch die Realität sieht anders aus. Ein Team des Online-Nachrichtenportals „EU-observer“ hat die Situation in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten untersucht und zeigt, dass sie mit jener in Luxemburg vergleichbar ist: Wie hierzulande herrschen – aller geflossenen Gelder zum Trotz – vielerorts noch immer lebensgefährliche Zustände (siehe den Artikel „Fahrrad als Verkehrsmittel: Historischer Sommer?“ in woxx 1692). Als kritisch wird vor allem die in vielen Ländern „obsessiv“ genutzte Praxis beurteilt, Fahrradwege auf von Autos befahrenen Straßen zu markieren. Zwar sind diese immerhin doppelt so sicher wie das Fahren auf einer Straße ohne aufgemalten Radweg, doch wer sich auf von Autos getrennten Pisten fortbewegt, kommt laut dem tschechischen Mobilitätsexperten Michal Šindelář acht- bis zehnmals sicherer ans Ziel. Selbst bei gutem Willen hätten viele lokale und nationale Verwaltungen nicht die nötigen Kenntnisse, um gut geplante Radwege in Auftrag zu geben. Auch renommierte Planungsunternehmen lieferten dann häufig schlechte Arbeit ab, weil sie sich an vorgegebene Richtlinien halten müssen. „Man braucht also einen gut ausgebildeten Auftraggeber, der weiß, wofür er bezahlt“, so Aleksander Buczynski vom Europäischen Radfahrerverband. Ansonsten wird das Geld schlicht verpulvert, mit Resultaten, die manchmal kaum mehr als „Greenwashing“ neuer Autostraßen seien.

Forum 429: Superwahljahr

(tj) - Man kann nur hoffen, dass das gerade begonnene Superwahljahr nicht so männlich dominiert sein wird, wie es das entsprechende Dossier in der aktuellen Forum-Ausgabe ist: Unter den Autor*innen – zu Themen wie Wahlpflicht, „cumul des mandats“ und Wahlbeteiligung ausländischer in Luxemburg lebender Bürger*innen – sucht man nämlich vergebens nach einem Frauennamen. Dafür aber immerhin außerhalb des Dossiers: Simone Beck, Vorsitzende der luxemburger Unesco-Kommission, stellt eine Veranstaltungsreihe ebenjener Kommission zum Thema Global Citizenship vor, die Forscherinnen Elsa Pirenne und Martine Hoffmann detaillieren eine eigene Studie zum Thema Diversität älterer Menschen, Christina Fabian, Präsidentin der Action des chrétiens pour l'abolition de la torture (Acata), schreibt über die Ausstellung „Pictures for the Human Rights“ und die Doktorandin Carolin Kaiser rezensiert einen Sammelband über die Militärgeschichte Luxemburgs. Weitere Themen in dieser Ausgabe sind Antisemitismus in Luxemburg, Bürger*innenbeteiligung und das Konzept der Grausamkeit. Film- und Serienfans müssen diesmal stark sein, denn eine entsprechende Rezension findet sich in dieser Ausgabe leider nicht. Dafür dann hoffentlich wieder in der nächsten. Darin wird dann hoffentlich auch darüber aufgeklärt werden, aus welchen Gründen Forum-Mitarbeiter Henning Marmulla Twitter immer schon für eine „anti-soziale Plattform“ hielt, wie in der aktuellen Intro verknüpft zu lesen ist.